

Die Altersvorsitzende verwies auf die Vorlage der Verwaltung und führte aus, dass das weitere Vorgehen abhängig von dem Ergebnis der Beratungen sei. Es gehe um die Grundsatzfrage einer weiteren Beteiligung der Wirtschaftsförderung gemeinsam mit der Bundesstadt Bonn und dem Kreis Ahrweiler an Messeauftritten.

Herr Dr. Tengler ergänzte hierzu, die Verwaltung habe zur letzten AWT-Sitzung am 17.09.2019 einen Beschlussvorschlag formuliert. Dieser Beschlussvorschlag sei in der letzten Sitzung ausführlich diskutiert worden. Eine Entscheidung wurde nicht getroffen. Die Angelegenheit sollte in den Fraktionen weiter beraten werden. Um dem vorliegenden SPD-Antrag folgen zu können, müsse die Verwaltung wissen, in welchen regionalen Konstellationen gearbeitet werden darf. Wenn der Kreis alleine Messeauftritte wahrnehme, werde keine gesellschaftsrechtliche Lösung gebraucht. Die Entscheidung darüber, was in der letzten Sitzung vertagt wurde, ist die Grundlage dafür, wie mit dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion umzugehen sei.

Die Altersvorsitzende wiederholte, dass es um die grundsätzliche Festlegung ging, ob der Rhein-Sieg-Kreis weiterhin mit der Bundesstadt Bonn und dem Kreis Ahrweiler das regionale Standortmarketing (Wirtschafts- und Wissenschaftsmarketing) organisieren wird.

Abg. Lägel bestätigte, dass seine Fraktion grundsätzlich hinter dem vorgelegten Konzept stehe und dem zustimmen werde. Aus diesem Grund sei auch der Antrag gestellt worden. Aber die kommunal-, regional- und europarechtlichen Aspekte kämen in diesem Konzept bislang zu kurz bzw. fänden keine Berücksichtigung. Die Fraktion erwarte hierzu eine Ergänzung.

SkB Peter sagte aus, dass auch seine Fraktion dem Konzept zustimme. Er glaube aber, dass eine gemeinsame Gesellschaft gebraucht werde, die die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen entsprechend bündele und sich auf Messen einbringe. Bei den Messen sehe er die Hannover-Messe und die EXPO REAL eindeutig als die Messen, die von der Wirtschaftsförderung bestückt werden sollten. Die POLIS sei im Rahmen der Städteplanung zu sehen, was durchaus auch ein Teil des weiteren Vorgehens der Überlegungen zur Wohnbebauung und Industrienutzung sein könne. Die Vorbehalte der Kommunen müssten Berücksichtigung finden.

Deshalb schlage er vor, sich stärker auf das Wissenschaftsmarketing zu konzentrieren. Seiner Ansicht nach sei dies realistischer zu bewerkstelligen. Die strategische Ausrichtung solle in einer gemeinsamen Gesellschaft Bonn/Ahrweiler/Rhein-Sieg erfolgen.

Abg. Schenkelberg teilte mit, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zu TOP 4 der Sitzung am 17.09.2019 teilweise zustimmen könne. Mit Blick auf die anstehende Kommunalwahl in 2020 und dem damit verbundenen neuen Kreistag solle die abschließende Entscheidung offenbleiben. Die Fraktion gebe ein grundsätzliches Commitment ab zu den Messeauftritten. Insbesondere bis zum Jahr 2021 wolle man Planungssicherheit geben. Die grundlegenden Entscheidungen über das Fortführen des Engagements sollten in diesem Ausschuss vorbereitet werden. Bis zu diesem Zeitpunkt lägen dann Erfahrungen mit den neu strukturierten Messeauftritten vor, die verwertbar seien. Der nach der Kommunalwahl neu gebildete Fachausschuss könne dann auf der Basis der hier geleisteten Vorarbeit eine Entscheidung für die zukünftige Ausrichtung treffen.

Konkret heiße das für den vorliegenden Beschlussvorschlag:

Ziffer 1 wird beschlossen mit dem Zusatz „grundsätzlich“; Ziffer 2 wird beschlossen

(= Planungssicherheit), Ziffer 4 wird gestrichen.

Ziffer 3 wird wie folgt geändert: Nach dem ersten Satz der Beschlussvorlage wird der 2. Absatz aus dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion eingefügt.

Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, die finanziellen Rahmenbedingungen darzustellen und hier insbesondere den Messeauftritt EXPOREAL in den Blick zu nehmen. Seine Fraktion sei nicht nur an den offiziellen finanziellen Belastungen interessiert, sondern auch an detaillierten Overheadkosten. Des Weiteren solle der Zusatz eingefügt werden, dass die Verwaltung diese Gesamtkonzeption in der Mai-Sitzung dem Ausschuss vorlegt, so dass der neu konzipierte Ausschuss im Frühjahr 2021 eine begründete Entscheidung für die Zukunft treffen könne.

Abg. Hoffmeister fasste zusammen, dass bis 2021 der Erfüllung der bisherigen Pflichten zugestimmt werde mit dem Wissen, das der Ausschuss dann ein neues Konzept erwarte. Er ergänzte, dass die angekündigte Neukonzeption der EXPO REAL kritisch hinterfragt werde.

Die Altersvorsitzende gab folgenden Hinweis: Wenn alle grundsätzlich der weiteren Zusammenarbeit positiv gegenüberstehen wollen, dann müsste auch berücksichtigt werden, dass eine unterschiedliche Gemengelage bestehe, wenn sich drei Kooperationspartner zusammenschließen. Alle Partner müssen sich und ihre Interessen in der neuen Konstellation wiederfinden.

Herr Dr. Tengler betonte vor dem Hintergrund, dass auch bei der Hannover-Messe ein gemeinsamer Auftritt bestehe mit unterschiedlichen Partnern und Interessen. Dies müsse immer bei den Verhandlungen gesehen werden.

Abg. Schenkelberg bemerkte, seiner Fraktion sei es wichtig, dass die beteiligten Partner über ein Umdenken informiert seien. Gleichzeitig biete dieses Thema aber auch den innovativen Ansatz darüber nachzudenken, ob der Rhein-Sieg-Kreis ein eigenes Format aufstellen könne. Hier denke er an einen eigenen Messeauftritt oder eine Leistungsschau. Des Weiteren gab er an, dass er noch keinen Messeauftritt besucht habe. Vielleicht sollte angeregt werden, dies im Rahmen eines gemeinsamen Besuchs einer der beiden Messen nachzuholen. Dann könne man sich ein genaueres Bild machen und selbst Eindrücke gewinnen.

Herr Dr. Tengler bestätigte hierzu, dass in früheren Legislaturperioden Ausschussmitglieder an Messeauftritten in Hannover teilgenommen hätten. Deswegen sei der Auftritt auf der Hannover-Messe auch nie in Frage gestellt worden.

Abg. Hoffmeister verwies auf die Kosten; für eine Tageskarte müssten 180 € ausgelegt werden. Er regte an, zunächst die Erkenntnisse aus den Messeauftritten im nächsten Jahr abzuwarten. Danach könne entschieden werden, ob ein Besuch Sinn mache.

Abschließend ließ die Altersvorsitzende über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.